

VERKEHR / Die CDU-Spitze im Land befürwortet Autobahngebühr, Kanzlerkandidatin Merkel lehnt ab

Pkw-Maut spaltet die Union

Aus dem Aufkommen soll der Straßenbau finanziert werden - SPD: Dreiste Abzocke

Die Südwest-CDU liebäugelt seit geraumer Zeit mit einer Pkw-Maut. Regierungschef Günther Oettinger ist im Prinzip dafür, ebenso CDU-Fraktionschef Stefan Mappus. Doch nun legt sich Kanzlerkandidatin Angela Merkel quer - und mit ihr die Bundestagsfraktion der Union.

REINER RUF



Noch ein Ausnahme: Die erste privatwirtschaftliche Mautstation Deutschlands in Rostock (Mecklenburg-Vorpommern), wo man für eine Einzelfahrt durch den Warnowtunnel mindestens zwei Euro bezahlen muss. FOTO: dpa

STUTTGART Für die Spitzenkräfte der baden-württembergischen CDU kocht die Debatte um eine Pkw-Maut zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt hoch. Gut zwei Wochen vor der Bundestagswahl öffnet die Union eine Flanke, in die SPD-Widerpart Wolfgang Drexler genüsslich stößt. Der Chef der Landtags-SPD verweist auf die von der Union angekündigten Erhöhung der Mehrwertsteuer, das geplante Abschmelzen der Pendlerpauschale sowie die Streichung der Steuerbefreiung von Zuschlägen für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit. Wenn jetzt noch die Maut dazu komme, wettet Wahlkämpfer Drexler, "ist das dreiste Abzockerei".

Anlass der Aufregung ist ein Beschlussvorschlag für die Verkehrsministerkonferenz. Auf Anregung Baden-Württembergs und Nordrhein-Westfalens wird in dem Papier "eine Weiterentwicklung der Nutzerfinanzierung im Fernstraßenbereich für möglich und erforderlich" gehalten.

Konkret geht es um eine Autobahn-Vignette für alle Kraftfahrzeuge mit einem Gesamtgewicht unter zwölf Tonnen. Parallel dazu soll die Mineralölsteuer gesenkt werden. Inzwischen distanziert sich die Düsseldorfer Regierung von dem Papier. Es handle sich um ein Vorhaben der abgewählten rot-grünen Landesregierung. Der Beschlussvorschlag ist jedoch durchaus aktuell, er stammt vom 24. August.

Prinzipiell sind zwei Varianten der Maut denkbar: Einerseits die Vignette, andererseits eine streckenbezogene Maut, die elektronisch erfasst wird. In jedem Fall wird es zu einer Mehrbelastung der Autofahrer kommen, auch wenn die Kraftfahrzeugsteuer geopfert wird. Denn Ziel ist, mehr Geld für den Straßenbau zu gewinnen. In dem Papier der Verkehrsministerkonferenz ist ausdrücklich davon die Rede, "die strukturelle Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur im Fernstraßenbau" zu überwinden.

Angaben, wie viel eine Vignette kosten soll, enthält das Papier nicht. Für den Grünen-Abgeordneten Boris Palmer kommt eine Vignette allein schon deshalb nicht in Frage, weil sie Geld kostet, egal, ob der Halter eines Fahrzeugs fährt oder nicht, und sie somit keine Lenkungswirkung entfalte.

Zu einer streckenbezogenen Maut stellte die Landtags-SPD vor einiger Zeit folgende Berechnung an: Um in den öffentlichen Haushalten den Wegfall der Kfz-Steuer auszugleichen, müsse die Mautgebühr mindestens vier Cent pro Kilometer betragen. Eine Fahrt zum Beispiel von Ulm nach Stuttgart und zurück (rund 200 Kilometer) käme demnach auf acht Euro. Soll noch zusätzliches Geld für den Straßenbau geschöpft werden, müsste die Maut höher angesetzt werden.

CDU-Kanzlerkandidatin Angela Merkel lehnt die Maut ab: "Das ist mit der Union nicht zu machen." Ministerpräsident Oettinger will jedoch von der Idee nicht lassen. Langfristig sei die Pkw-Maut "ernsthaft in Erwägung zu ziehen". Unterstützung findet er bei der FDP-Landeschefin Birgit Homburger. Sie sagt, die deutschen Autofahrer müssten im Ausland auch vielfach Maut bezahlen. Verkehrsminister Heribert Rech (CDU) nennt das Papier der Fachministerkonferenz eine "Diskussionsgrundlage", über die von den Kollegen noch nicht endgültig entschieden sei. Der Grünen-Mann Palmer aber lästert: "Oettinger sagt hü, Merkel sagt hott."